

**Redebeitrag von Präsidentin Roberta Metsola auf der Tagung des Europäischen Rates**  
***Donnerstag, 20. März 2025***

Vielen Dank, Antonio.

Guten Morgen, meine sehr geehrten Damen und Herren,

lassen Sie mich zunächst damit beginnen: Die jüngsten Entwicklungen in Zypern sind ermutigend. Es gibt einen Silberstreifen am Horizont. Ich möchte Ihnen versichern, dass das Europäische Parlament diesen von den Vereinten Nationen geleiteten Einigungsprozess unerschütterlich unterstützt und bereit ist, Zypern in jeder notwendigen Weise beizustehen.

Denn die Europäische Union ist zunächst und vor allem ein Friedensprojekt. Und deswegen stehen unsere Bemühungen um die Förderung und den Schutz des Friedens stets ganz oben auf unserer Agenda. In Europa wissen wir, wie schrecklich hoch die Kosten eines Krieges sein können – und welchen entsetzlichen Preis Generationen für einen Frieden bezahlen, der weder ihre Freiheit noch ihre Rechte garantiert.

Genau diese Erfahrung leitet uns bei unseren Überlegungen und unserem Handeln in Bezug auf die Ukraine. Der Weg nach vorn ist zwar steinig, aber wir erzielen kleine Fortschritte. Doch was vor drei Jahren galt, gilt auch noch heute: Der Frieden muss echt sein, andernfalls ist er einfach nur eine Illusion. Deshalb müssen wir uns weiter um eine Lösung bemühen, die einen echten Frieden ermöglicht, der über den Augenblick hinaus Bestand hat und ein Gleichgewicht der Verantwortlichkeiten schafft. Ein Frieden, der Freiheit und Würde sicherstellt. Ein Frieden, der Freiheit für die Ukraine und Sicherheit für Europa garantiert, der abschreckend ist, und zwar für all jene, die glauben, souveräne und unabhängige Staaten mit Gewalt erobern zu können.

Und hier müssen wir handeln – nicht aus Nächstenliebe, sondern aus unserer Pflicht heraus, Europa und die Menschen in Europa zu schützen. Denn eine Ukraine, die nicht unterstützt wird, kann sich nicht selbst verteidigen. Und eine Ukraine, in deren Hauptstadt Kyjiw Russland an den Hebeln der Macht sitzt, macht Europa und die Welt zu einem viel weniger sicheren, weniger wohlhabenden Ort.

Krieg, nämlich ein Krieg der Informationen, wird auch auf unseren Geräten geführt: Deshalb müssen wir den Menschen ganz klar mitteilen, warum wir Dinge tun und warum sie so wichtig sind.

Die Europäische Union floriert seit Jahrzehnten dank ihrer Soft Power. In einer Welt, in der einzelne Mächte immer mehr Einfluss gewinnen, können wir es uns nicht leisten, wegen mangelnder politischer Ambitionen in Bedrängnis zu geraten. Um es kurz zu machen: Europa muss sich als eine Macht positionieren, mit der man rechnen muss. Das heißt, bereit zu sein. Das heißt, unseren Worten Taten folgen zu lassen. Das heißt, unsere Sicherheit, unsere Bereitschaft und unsere Wettbewerbsfähigkeit ernst zu nehmen.

Die Pläne hierfür haben wir bereits. Wir haben den Draghi-Bericht, den Letta-Bericht und den Niinistö-Bericht. Wir haben ReArmEU, die Omnibus-Vereinfachung und das Weißbuch zur Zukunft der europäischen Verteidigung.

Auch schon auf der Konferenz zur Zukunft Europas vor drei Jahren haben wir uns damit beschäftigt.

Dass dies nun das dritte Mal ist, dass wir innerhalb von zweieinhalb Monaten in diesem Format zusammenkommen, sagt etwas aus: nämlich, dass Europa seine eigene Sicherheit stärkt und Verantwortung übernimmt. Aber wir müssen über den Tellerrand blicken und schneller handeln. Keine Möglichkeit darf außer Betracht bleiben.

Das Parlament leistet bereits seinen Beitrag. Im Bereich der gemeinsamen Beschaffung von Verteidigungsgütern haben wir geliefert. Letzte Woche haben wir ein Dringlichkeitsverfahren für das Programm für die Europäische Verteidigungsindustrie gebilligt, das es uns ermöglicht, die Verhandlungen rasch abzuschließen. Und es ist uns gelungen, dies innerhalb von nur zwei Wochen zu tun.

Denn wir wissen, dass Sicherheit die Grundlage für alles andere ist. Wir wissen, dass es beim Thema Sicherheit nicht nur um die Verteidigung geht, sondern auch um unsere Wirtschaft, um die Energieversorgung, um die Landwirtschaft. Es geht auch darum, unsere Grenzen und Menschen zu schützen und dafür zu sorgen, dass unsere Systeme gerecht und wirksam sind und nicht missbraucht werden können.

Der neue Vorschlag für Rückführungen ist das letzte, entscheidende Teil eines Puzzles, das zusammengesetzt werden muss. Das Europäische Parlament ist bereit dafür. Wir wissen, wir brauchen Lösungen: Wir müssen die Lücken schließen und den Missbrauch stoppen. Und das ist eine Verantwortung, die schwer auf uns lastet.

Worauf ich hinaus möchte: Ohne das Gefühl von Sicherheit kann sich kein Mensch wohl fühlen, kann keine Wirtschaft florieren, kann kein Unternehmen wachsen – und der globale Einfluss Europas wird abnehmen. Gleichzeitig wissen wir aber auch, dass wir ohne eine starke, wettbewerbsfähige Wirtschaft nicht über die Ressourcen verfügen, die wir brauchen, um in unsere Sicherheit zu investieren. Wir werden wirtschaftlich nicht in der Lage sein, uns zu behaupten. Sicherheit und Wirtschaft gehen Hand in Hand.

Wir wissen, wie wir unsere Wirtschaft stärken können. Wir erleben gerade eine technologische Revolution – und das Transformationspotenzial ist genauso groß wie bei der industriellen Revolution, vielleicht sogar noch größer. Und wir befinden uns in einer ziemlich soliden Ausgangslage: Wir haben das Kapital und das Talent. Was mich jedoch besorgt, ist die Frage, warum diese Ressourcen in Europa nicht eingesetzt werden.

Die Antwort liegt ganz klar auf der Hand! Wir müssen unsere Spar- und Investitionsunion vollenden. Der Vorschlag, den die Kommission gestern vorgelegt hat, ist gut. Aber er ist nur ein Schritt. Was wir wirklich brauchen, sind riesige Sprünge. Ich weiß, es ist ein politisch heikles Thema, aber wir können nicht weitere zehn Jahre darauf warten, dass unsere Systeme anlaufen. Das Parlament wird weiterhin seinen Teil hierzu beitragen. An dieser Stelle möchte ich insbesondere auf unsere laufenden Arbeiten zur Harmonisierung des Insolvenzrechts hinweisen. Der Berichterstatter des Parlaments ist gerade dabei, seinen Bericht in unserem Rechtsausschuss fertigzustellen. Wir wollen noch vor dem Sommer Verhandlungen mit dem Rat aufnehmen. Beide gesetzgebenden Organe müssen diese Dynamik nutzen.

Zudem müssen wir unsere Verfahren vereinfachen. Ich glaube, dass wir die Dinge einfacher und geradliniger machen können – und müssen. Sind Verbesserungen und Anpassungen notwendig – dann sollten wir das tun. Und dabei dürfen wir nicht das Problem in einem Bereich durch mehr Bürokratie in einem anderen Bereich beheben.

Was die Omnibus-Vereinfachung betrifft, so kann es keine halben Maßnahmen geben. In Bezug auf den „Stop-the-clock“-Vorschlag soll das Parlament ein Dringlichkeitsverfahren annehmen, um ihn innerhalb von zwei Wochen anzunehmen. Für die Änderungsanträge zur CSRD und zur CSDDD werden Berichtersteller bestellt, und die Arbeit wird im April beginnen. Die Arbeiten an den Änderungen des CO<sub>2</sub>-Grenzausgleichssystems und des Programms „InvestEU“ sollen auch im nächsten Monat aufgenommen werden. Denn das Parlament weiß, dass wir den Erwartungen der Menschen gerecht werden müssen. Und das erfordert rasches Handeln. Es erfordert Klarheit – nicht nur in Bezug auf unsere Ziele, sondern auch darüber, wie wir dorthin kommen und wie wir alle am gleichen Strang ziehen können.

Gleiches gilt für die öffentlichen Ausgaben. Die bevorstehenden Verhandlungen über den langfristigen Haushalt der Europäischen Union bieten uns eine einmalige Gelegenheit, unseren Haushalt mit unseren strategischen Prioritäten in Einklang zu bringen. Der Status quo ist keine Option.

Tatsächlich brauchen wir sinnvolle Reformen, um unseren Haushalt einfacher, flexibler und ergebnisorientierter zu gestalten. Diese muss das Parlament unterstützen, nur so können wir erfolgreich sein. Wir haben mit unserer Arbeit bereits begonnen – und unser Initiativbericht soll im Mai vorgelegt werden. Wir nehmen unsere Rolle ernst und haben immer wieder bewiesen, dass wir verantwortungsvoll agieren. Dafür müssen unsere Mitglieder jedoch in jede Phase des Prozesses umfassend einbezogen werden.

Ein letzter Punkt, den ich in Bezug auf den MFR gerne ansprechen möchte: Es geht nicht unbedingt darum, wie viel Geld wir einsetzen, um ein Problem zu lösen, sondern vielmehr darum, wie wir das Geld tatsächlich verwenden. Für eine starke Wirtschaft braucht es intelligente Ausgaben. Und der nächste MFR muss widerspiegeln, was den Menschen am wichtigsten ist.

Unsere besten Tage stehen vor uns. Es liegt jedoch an uns – an unserem politischen Willen, unserem Mut zum Handeln und an unserer Fähigkeit, geeint zu bleiben und unser strategisches Ziel nicht aus den Augen zu verlieren. Zweifellos wird der Weg nicht einfach sein. Aber Europa ist bereit.